



Zum Falbesoner See
Eine traumhafte Wanderung führt zum Falbesoner See im hinteren Stubaital. Seite 30

Foto: Rapp



Die Landwirtschaft könnte den Energiesektor und den Verkehr als größte CO₂-Verursacher bis 2050 ablösen.

Foto: Stock

„Kühe werden 2050 größte CO₂-Emittenten sein“

Fossiler Sprit-Einsatz in Österreich muss bis 2030 um ein Drittel sinken, sagt der Verkehrsminister. Industrie ist gegen CO₂-Mindestpreise.

Fuschl, Brüssel, Wien – In der EU-Kommission herrscht Zuversicht, dass die EU bis 2050 „klimaneutral“ sein kann. Dann werde es kaum noch fossile Energieträger in Stromerzeugung und Industrie geben, aber noch im Transport- und Flugsektor, sagte Christian Holzleitner von der EU-Klima-Generaldirektion bei der „energy2050“-Tagung des Verbands in Fuschl.

„Die Kühe werden dann die größten Emittenten sein“ – also in Summe der Agrarsektor, meinte der Experte. Daher müsse man diskutieren, wie die Menschen sich langfristig ernähren und Lebensmittel produziert werden.

Einen Gegensatz zwischen „klimaneutral“ und „wettbe-

werbsfähig“ sehe man nicht, sagte Holzleitner. Seit 1990 sei die EU-Wirtschaft um 50 Prozent gewachsen, zugleich seien die Emissionen um 25 Prozent gesunken.

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müsse zuvor bis 2030 ein Drittel weniger fossiler Treibstoff in die Autotanks, erinnerte Verkehrsminister Andreas Reichhardt. Der Anteil des Verkehrs an den heimischen Treibhausgasemissionen hat 2017 rund 29 Prozent betragen. Bis 2030 müssten die Emissionen des Verkehrssektors von 23,6 Mio. Tonnen auf rund 15 Mio. Tonnen im Jahr sinken, sagte Reichhardt. Es müsse in den öffentlichen Verkehr investiert und der Gütertransport auf die Schiene

verlagert werden – „dafür investieren wir pro Jahr 2 Mrd. Euro, wir werden das auf 2,5 Mrd. im Jahr steigern“, so der Minister. Hier sei er ein Anhänger von Anreizen und nicht von Verboten. Für den Güterbereich heiße das „Rollende Landstraße“ (RoLa), Förderungen oder die eine oder andere Regulierung.

Im Individualverkehr sehe er zwei Stoßrichtungen, nämlich in der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien und bei Sprit. Bei den Antrieben bedeute das E-Mobilität und Wasserstoff, bei den Kraftstoffen Übergangslösungen wie Bio-LNG, Biokraftstoffe bis hin zu Wasserstoff. Zudem brauche es mehr Kraftstoffe aus erneuerbaren Energiequellen.

Gegen eine zusätzliche „Produktionssteuer“ für die erzeugende Industrie durch eine CO₂-Mindestpreisung sprach sich die Industriellenvereinigung (IV) aus. IV-Vizegeneralsekretär Peter Korn betonte, dass Österreichs Industrie durch den Zertifikatshandel bereits auf CO₂-Senkungskurs sei. Er verwies darauf, dass Österreich nur 0,2 Prozent der Welt-Emissionen stelle. Selbst wenn man Österreich auslöse, würde das dem Weltklima kaum helfen. Zudem liege Österreich mit 73 Prozent Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch in der EU auf Platz eins. Energiesektor und Industrie hätten seit 2005 ihre Emissionen um 17 Prozent gesenkt. (APA)

Österreich blockiert Mercosur

Es gibt Zweifel daran, dass das Veto Österreichs gegen das umstrittene Handels-Abkommen mit Südamerika auch hält.

Wien, Brüssel – Der EU-Unterausschuss im Nationalrat hat am Mittwoch gegen das EU-Mercosur-Abkommen votiert. Damit wird die Regierung zu einem Nein zum EU-Mercosur-Abkommen auf EU-Ebene verpflichtet und dem Pakt ein Riegel vorgeschoben, denn Entscheidungen im EU-Rat müssen einstimmig erfolgen. Die Stimmen im Ausschuss kamen von allen Parteien außer den NEOS. Experten zweifeln aber, ob das Veto zum Abkommen, das erst im Juni 2020 ausformuliert sein wird, auch bindend sein wird.

Wie bindend der Beschluss für die nächste Regierung ist, ist strittig, sagt Werner Zögeritz, früherer ÖVP-Klubdirektor und Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen. Dazu gebe es unterschiedliche Ansätze. Politisch wäre aber auch ein künftiger Minister gut beraten, den Beschluss umzusetzen. Wenn nicht, drohe als Konsequenz allenfalls ein Misstrauensantrag. Möglich wäre aber natürlich auch, dass der nächste Nationalrat einen an-

deren Beschluss fasst.

Seine Ministerbindung, wie sie gestern beschlossen wurde, ist in Österreich äußerst selten, sagt Zögeritz. In der Regel haben die Minister ohnehin eine Mehrheit im Nationalrat und diese verzichtet auf die Bindung, die von den Ministern nicht geschätzt wird. Diesmal sei es wohl vor allem dem aktuellen freien Spiel der Kräfte zu verdanken, dass es die Ministerbindung gegeben hat.

Österreich ist mit seiner Ablehnung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Ländern nicht alleine. Harsche Kritik gibt es von Anfang an EU-weit von Umweltschutzgruppen und Landwirten. Das hat schon im Juli dazu geführt, dass Frankreichs Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye sagte: „Frankreich ist derzeit nicht bereit, das Abkommen zu ratifizieren.“ Irland hat jüngst mit einem Veto gegen das Abkommen gedroht, sollte Brasilien sich nicht stärker für den Schutz des Regenwalds einsetzen. Ob das 2020 noch ein Kriterium sein wird, muss sich erst zeigen. (APA)

Van der Bellen vereint Klima-Fans

Staats- und Regierungschefs fordern Investments in grüne – statt in fossile – Projekte.

Wien, New York – Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen verfestigt seinen Ruf als Klima-Lobbyist. Mit seinem aktuellen Appell hebt das Staatsoberhaupt die im Vorfeld der UNO-Konferenz

in polnischen Kattowitz gestartete Klima-Initiative auf eine globale Ebene.

32 Staats- und Regierungschefs aus vier Kontinenten richten sich anlässlich des UNO-Klimagipfels am Mon-

tag in New York in einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Die „Staaten-gemeinschaft und alle Finanz-institutionen“ werden darin aufgefordert, „Investments auf das Erreichen der langfristigen Ziele des Pariser Klimaabkommens auszurichten und Investitionen so rasch wie möglich aus der fossilen Wirtschaft abzuziehen“. Was laut Van der Bellen konkret zu tun ist: „Wir müssen klimaneutral werden, aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aussteigen. Den Verkehr, die Wirtschaft, die Energieversorgung umstellen auf saubere, erneuerbare Energie, etwa aus Sonnenenergie, Wind, Wasserkraft oder Biomasse.“

Van der Bellen ist über die Unterstützung durch seine Amtskollegen erfreut. Darunter seien „Deutschlands Bundespräsident Frank-Walter

Steinmeier, der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sowie die Präsidenten von Südkorea, Israel, Ghana, Serbien, Palau und dem Libanon, um nur einige zu nennen“. Dies sei ein „Zeichen der Hoffnung“, erklärte der Bundespräsident. Damit mache man „das Jahr 2019 zum Jahr des Mutes für Klimaschutz“.

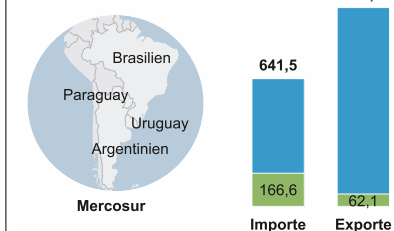
Die „neue, inhaltlich konkretisierte Initiative“ des Bundespräsidenten sei als Unterstützung des Klimagipfels von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres gedacht. Van der Bellen wird heute gemeinsam mit Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein und Umweltministerin Maria Patek zur UNO-Generalversammlung aufbrechen. Am Montag findet der „Climate Action Summit“ statt. (ritz, APA)



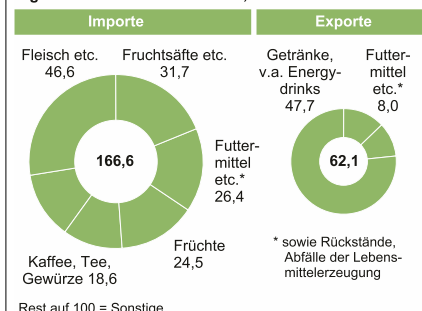
Bundespräsident Van der Bellen suchte beim Forum Alpbach das Gespräch mit Klima-Demonstranten – und weltweit mit Amtskollegen. Foto: APA/Schlagner

Außenhandel mit Mercosur-Staaten

2018 in Mio. Euro, davon Agrarsektor



Agrarischer Außenhandel 2018, in Mio. Euro



Quelle: WKO; Grafik: Austria Presse Agentur APA